

Was wird aus der Steinbruch-Erweiterung?

Ablehnung oder Bürgerentscheid? Der Gemeinderat berät am Mittwoch. Die Mehrheit im Gremium will keine Waldflächen verpachten.

23.03.2023 UPDATE: 23.03.2023 06:00 Uhr 2 Minuten, 57 Sekunden

-



Um zehn Hektar will sich der Gundelsheimer Steinbruch vergrößern, die Hälfte der Fläche ist Stadtwald. Bürgermeisterin Schokatz strebt nun einen Bürgerentscheid an. Archivfoto: bws

Von Caspar Oesterreich

Gundelsheim. Schatzsuche, Hindernisbahn, zahlreiche Führungen und jede Menge Besucher: Viel Trubel herrschte letzten Sommer beim Tag der offenen Tür im Gundelsheimer Steinbruch. Die Erweiterung stand (mal wieder) zur Debatte, und [die Baden-Württembergischen Steinbruchbetriebe \(bws\)](#) warben kräftig um Zustimmung [für ihre geplante Ausdehnung gen Osten](#), wo ein Wasserschutzgebiet liegt.

Eine Entscheidung über die Zukunft des Unternehmens in der Deutschordensstadt schien nach vier Jahren kurz bevorzustehen, sollten die letzten Unterlagen für den Antrag der bws auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung doch schon in der nächsten Woche beim Landratsamt Heilbronn nachgereicht und anschließend öffentlich ausgelegt werden.

Bis heute ist das nicht geschehen. Das Landratsamt rechnet aktuell erst nach den Sommerferien mit der Vervollständigung der Unterlagen durch die bws. So steht es jedenfalls in einer Beschlussvorlage für die kommende Gemeinderatssitzung in Gundelsheim am 29. März.

Vor acht Monaten wollten Stadtverwaltung und Gemeinderat noch auf die Offenlage warten und sich dann mit den Bürgern austauschen, bevor man darüber entscheiden wollte, städtische Waldflächen für die Steinbrucherweiterung an die bws zu verpachten oder eben nicht. Die Meinungen im Gremium dazu waren sehr gespalten. Doch nach turbulentem Hin und Her hinter verschlossenen Türen in den vergangenen Wochen ist das Thema plötzlich wieder auf die Tagesordnung gerückt.

Auch interessant

[Gundelsheim: Steinbrucherweiterung steckt zwischen Steuern und Natur fest](#)
[Gundelsheimer Haushalt: "Vieles geht mit quälender Langsamkeit voran"](#)

Bereits am 28. Februar hatten 15 Gemeinderäte und damit die Mehrheit im Gremium einen Antrag im Rathaus eingereicht. Um die Bürgermeisterin in der nächsten Gemeinderatssitzung damit zu beauftragen, "der Firma bws mitzuteilen, dass die Stadt Gundelsheim keine städtischen Waldflächen für die geplante Erweiterung des Steinbruchs zur Verfügung stellen wird".

Weitere Untersuchungen der bws für die Abbaugenehmigung seien mit einem hohen Kostenaufwand verbunden und würden die Genehmigungsbehörden zudem vor einen hohen Prüfungsaufwand stellen, heißt es in der Begründung. Fünf Jahre nach Bekanntwerden des Vorhabens sei es nun an der Zeit, eine Grundsatzentscheidung zu treffen.

Getroffen wurde sie in der Sitzung am 1. März allerdings nicht. Auf der Tagesordnung fand der entsprechende Antrag keine Erwähnung. Ohne die Zuhörer über den Inhalt aufzuklären, fragte Jürgen Koß (LuB) gleich zu Beginn der Sitzung verwundert nach dem Grund dafür. Aus dem Schreiben werde nicht klar, um was für einen Antrag es sich handle – "Ich weiß gar nicht, was ich damit machen soll", so Heike Schokatzen –, ob es ein Geschäftsordnungsantrag oder einer nach § 34 der Gemeindeordnung (GemO) sei, antwortete ihm die Bürgermeisterin.

Letzteres hätte zur Folge gehabt, dass innerhalb der nächsten zwei Sitzungen nach Antragstellung über das Thema öffentlich hätte beraten werden müssen, die Debatte also noch vor der Bürgermeisterwahl am 23. April stattgefunden hätte.

Mittlerweile wurde der erste Eingangsstempel vom 28. Februar auf dem Dokument durchgestrichen, durch einen neuen vom 2. März ersetzt und handschriftlich "nach § 34 GemO" ergänzt. Am 7. März tauschten sich die Fraktionsvorsitzenden dann mit der Stadtverwaltung über das weitere Vorgehen aus; ein Gedächtnisprotokoll des Treffens liegt der RNZ vor. Ob die Steinbruch-Erweiterung noch vor oder erst nach der Wahl (in der

Sitzung am 26. April) debattiert und beschlossen werden sollte, darüber fand sich unter den Teilnehmern keine Einigung.

Wiederum zehn Tage später erreichte das Rathaus der nächste Antrag: Acht Gemeinderäte forderten mit ihrer Unterschrift eine Sondersitzung, um "zum nächstmöglichen Zeitpunkt" öffentlich über die Verpachtung der städtischen Waldflächen zu beraten.

Am vergangen Montag teilte Bürgermeisterin Schokatz den Gemeinderäten per E-Mail schließlich mit, den Antrag für die kommende Sitzung am 29. März auf die Tagesordnung zu heben. Und die Debatte um einen eigenen Antrag zu ergänzen: "Aus meiner Sicht ist die Steinbruch-Erweiterung für unsere Bürgerinnen und Bürger so relevant, dass wir einen Bürgerentscheid beschließen sollten, um die Frage der Verpachtung zu klären."

Einerseits bedeute die Ausdehnung auf einer Fläche von rund zehn Hektar einen "erheblichen ökologischen Eingriff", andererseits bringe der Steinbruch der Stadt wichtige Gewerbesteuerereinnahmen, erklärte Schokatz gestern gegenüber der RNZ. Zwischen 2015 bis 2022 seien das durchschnittlich rund 300.000 Euro pro Jahr gewesen, den jährlichen Einbau- und Abbauzins von etwa 100.000 Euro nicht zu vergessen.

Auch die Arbeitsplätze dürfe man nicht außer Acht lassen. "Die Steinbruch-Erweiterung stößt in mehrerlei Hinsicht auf großes öffentliches Interesse", sagt Schokatz. "Die Stadt Gundelsheim sollte Bürgerbeteiligung ernst nehmen, gerade bei einem so wichtigen Thema."

Doch warum kommt diese Option dann erst jetzt zur Sprache? "Die Frage hat sich vorher nicht gestellt. Ursprünglich wollten Stadtverwaltung und Gemeinderat ja erst auf den vollständigen Genehmigungsantrag der bws warten und nach einer Infoveranstaltung für die Bürger weiter beraten." Nun aber habe sie auf den Antrag aus dem Gemeinderat reagieren müssen, so die Bürgermeisterin.

Wie die Debatte am kommenden Mittwoch auch ausgeht – es dürfte mal wieder eine spannende Sitzung im Gundelsheimer Gemeinderat werden.

Dieser Artikel wurde geschrieben von:



[Caspar Oesterreich](#)